

«Wer hier mitmacht, ist Kriegspartei»

Als neutrales Land hätte die Schweiz im Ukraine-Krieg einen besonderen Beitrag leisten können, sagt der Alt-SVP-Bundesrat Christoph Blocher im Gespräch mit Christina Neuhaus. Doch diese Chance habe die Schweiz vertan

Herr Blocher, Sie sind im Kriegsjahr 1940 geboren. Mit welchen Gefühlen blicken Sie auf die Ukraine?

Ich bin in Laufen am Rheinfluss an der deutschen Grenze aufgewachsen. Von unserem Stubenfenster aus sah man ins kriegerische Deutschland. Jetzt ist wieder Krieg in Europa, es läuft mir kalt den Rücken hinunter. Aber überrascht bin ich nicht.

Nicht? Putin hat lange versichert, er plane keinen Angriff auf die Ukraine.

Es zählen nicht die Worte, sondern Taten. Der Einmarsch wurde strategisch einwandfrei und sichtbar vorbereitet. Vielleicht wollte Putin lieber keinen Krieg, aber er will die Ukraine. Ich sehe bei den Ursachen Parallelen zum Zweiten Weltkrieg.

Welche?

Die Demütigung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg war eine der Ursachen für den Zweiten Weltkrieg. Auch bei Russland geht es um verlorene Grösse. Nach dem Ende des Kalten Krieges musste Russland hinnehmen, dass ein Vasallenstaat nach dem anderen von der ehemaligen Sowjetunion abfiel. Doch die Ablösung gelang nie richtig. Ich erinnere mich an einen Besuch in Usbekistan vor vielleicht zehn Jahren. Als ich meine Gesprächspartner zu ihrer Unabhängigkeit beglückwünschte, lachten die bloss. Die Russen seien immer noch da. Der Staatspräsident beherrsche nicht einmal die Landessprache. Er spreche nur Russisch.

Nach dem Zweiten Weltkrieg halfen die Amerikaner dem verarmten Deutschland wirtschaftlich wieder auf die Beine. Diese Weitsicht ist nach dem Kalten Krieg gegenüber Russland ausgeblieben. Das rechtfertigt natürlich den Einmarsch in die Ukraine nicht. Aber dass sich Russland gedemütigt fühlt, spielt eindeutig eine Rolle. Und das ist das Gefährliche in dieser Situation.

Der Bundesrat hat sich nach einigem Zögern dazu aufgerafft, die Sanktionen der EU zu übernehmen. Die SVP lehnt die Sanktionen als einzige Partei ab. Weshalb?

Gezögert hat er nicht. Wohl zu wenig lange nachgedacht. In der Ukraine tobt ein Angriffskrieg gegen einen selbständigen Staat. Das ist schrecklich. Die USA und die EU beteiligen sich an diesem Krieg mit wirtschaftlichen Sanktionen. Mit einer Brotsperre – wie man dies im Mittelalter nannte. Man versucht, ein Volk auszuhungern, um so die Führung zu zwingen, den Krieg aufzugeben. Wer hier mitmacht, ist eine Kriegspartei.

Als Kriegsparteien bezeichnet man Staaten, die sich in einer gewaltsamen Auseinandersetzung miteinander befinden.

Als neutraler Staat darf sich die Schweiz nicht dazu hinreissen lassen, Partei zu ergreifen. In solchen Fällen friert die neutrale Schweiz den bisherigen Handel ein – geht nicht über den Courant normal hinaus, um keine der Kriegsparteien zu begünstigen. Durch die Teilnahme an den Sanktionen ist die Schweiz jetzt im Krieg. Dabei müsste man doch jetzt alles unternehmen, um diesen furchtbaren Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Als neutrales Land hätte die Schweiz einen besonderen Beitrag leisten können. Diese Chance hat sie nun leichtsinnig vertan.

Der Bundesrat hat in den vergangenen Jahrzehnten die EU-Sanktionen stets weitgehend übernommen.

Nein, in kriegerischen Fällen hat man sich nicht am Handelsboykott beteiligt, aber stets dafür gesorgt, dass der Handel mit sanktionierten Ländern nicht einfach über Schweizer Territorium abgewickelt werden kann. Es galt strikt die Einschränkung auf den Courant normal.

Viola Amherd und Ignazio Cassis sprechen von einer Zeitenwende.

Eine Formulierung, um die eigene Schwäche zu verdecken. Und dann wun-



Alt-Bundesrat Christoph Blocher ist froh, dass die idealistischen Vorstellungen einer friedlichen Welt zerplatzt sind.

GORAN BASIC / NZZ

dert man sich in Bern, dass die internationale Presse fälschlicherweise geschrieben hat, die Schweiz habe ihr Neutralitätsprinzip preisgegeben. Der Bundesrat beharrt auf dem Einzelfall. Die Botschaft muss aber sein: Die Schweiz handelt als friedliebendes Land auf der Grundlage der dauernden Neutralität, wie dies die Bundesverfassung verlangt. Aber diesmal wurde eine Kriegsbeteiligung beschlossen. Wir können nur hoffen, dass es glimpflich abläuft.

Sie sind ernsthaft der Meinung, dass die Schweiz dem Krieg dient?

Eindeutig. Ein Friedensstifter müsste doch ein Interesse daran haben, die Parteien an einen Tisch zu bringen – in neutraler Umgebung. Im Westen gibt es kein anderes Land, das seine Guten Dienste in diesem Sinne hätte anbieten können. Natürlich versuchen die Kriegsparteien, den Neutralen zu bedrängen und ihn auf ihre Seite zu ziehen. Die Kriegsparteien üben Druck aus. Das ist auch jetzt im Ukraine-Krieg passiert. Bundesrats- und Parlamentsmehrheit sind unter dem Druck des In- und Auslandes eingeknickt: keine Friedens-Tat und keine Führungskraft. Je schlimmer es in der Welt zugeht, desto wichtiger ist die Neutralität. Die Nichteinmischung ist nicht nur Selbstschutz, sie ermöglicht erst die Guten Dienste.

Sie finden, neutral zu bleiben hätte mehr Mut gebraucht?

Natürlich! Wir Schweizer nehmen automatisch Partei für ein souveränes Land, das von einem Aggressor überrannt wird. Das war auch 1956 beim Aufstand der Ungarn so. Wir empfinden so, bringen unsere Gefühle, Abneigungen, Sympathien mit Empörung und Trauer zum Ausdruck. Gut so! Doch für die Staatsführung genügt das nicht. Sie hat die Unabhängigkeit, die Sicherheit und Neutralität zu wahren. So hat die Schweiz während 175 Jahren den Frieden gewahrt. Das braucht Persönlichkeiten und innere Kraft. Doch dem Bundesrat war das eigene Ansehen offenbar wichtiger als die Wahrung des Friedens, und jetzt überdeckt man die eigene Schwäche und beruft sich auf eine «Zeitenwende».

Das Wort ärgert Sie.

In diesem Fall, ja, auch wenn ich durchaus Anzeichen für eine mögliche Wende sehe. Es sind ein heilvolles Umdenken und ein Abschied von einer realitätsfremden, windigen Lebensauffassung, die in die Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, in die Bildung und in die Wissenschaft einzugelassen hat.

Wo konkret?

Haben Sie vor einer Woche die Rede von Olaf Scholz vor dem Bundestag gehört? Auch er sprach von einer Zeitenwende. Er vertritt eine Partei, die jetzt während 30 Jahren Abrüstung und Abbau der Landesverteidigung predigte – wie die schweizerischen Sozialdemokraten auch. Ausgerechnet er als Sozialist und heutiger Bundeskanzler kehrt angesichts der Kriegsrealität um 180 Grad, lässt zusätzlich 100 Milliarden für 2022 in die Armee fließen und fordert für die kommenden Jahre eine Verdoppelung des Verteidigungsetats. Scholz schwärmte von Panzern, die rollen, von Kriegsschiffen, die in See stechen sollten, und beschwor, dass Deutschland gemeinsam mit seinen Alliierten jeden Quadratmeter des Bündnisgebiets militärisch verteidigen werde. Ich glaubte fast, einem Mitglied der Schweizerischen Volkspartei zuzuhören.

Wie erklären Sie sich Scholz' Wandel?

Vielen Menschen ist jetzt offenbar bewusst geworden, dass sie einer illusionären Lebensauffassung huldigen, und sie erwachen jetzt plötzlich in einem Krieg in Europa. Sie erkennen nun, wie wichtig eine leistungsfähige Verteidigungsarmee wäre. Auch in der Schweiz wurde jahrzehntelang so getan, als brauche es die Armee eigentlich nicht mehr. 1999 setzte alt Bundesrat Ogi eine Kommission unter Botschafter Edouard Brunner ein mit dem Auftrag, sich mit der künftigen Schweizer Sicherheits- und Aussenpolitik zu befassen. Die illustren Mitglieder waren in ihrer idealistischen und wirklichkeitsfremden Gesinnung tatsächlich der Meinung, dass die Zeit der Kriege und der nationalen Grenzen vorbei sei. Sicherheit, fanden sie, ergebe sich durch gutmeinende internationale Zusammenarbeit.

Das war zehn Jahre nach dem Mauerfall, Europa rückte zusammen.

Es war aber auch die Abkehr von der Lebenswirklichkeit. Die Neutralität hielt man für überholt. Wenn es keine Kriege mehr gebe, brauche es auch keine Neutralität. Man hielt im Brunner-Bericht nur an der Neutralität fest, weil «die Bevölkerung daran hänge». Ich habe dann einen eigenen Gegenbericht erstellen lassen – als Rufer in der Wüste.

Im Moment haben bürgerliche Anliegen wie starke Wirtschaft, Energieversorgung, Landessicherung wieder bessere Karten. Das müsste Sie eigentlich freuen.

Aber erst seit zehn Tagen – seit dem Einmarsch der Russen! Ich hoffe jedenfalls auf eine politische Zeitenwende. Darauf,

dass diese idealistische, wirklichkeitsfremde, moralistische Vorstellung der letzten 30 Jahre endlich zu Ende geht. Die jetzige Abkehr von der Neutralität im Ukraine-Krieg bezeugt das Gegenteil. Es war weltfremd, an eine Welt ohne Krieg zu glauben, weltfremd zu glauben, dass die Welt ohne Verteidigungsarmeen auskommt. Die SVP war lange die einzige Partei, die sich für eine schlagkräftige Armee eingesetzt hat. Ohne unsere Drohung mit einer Volksabstimmung wäre die geplante Erhöhung des Militärbudgets auf ungenügende sechs Milliarden Franken nie durchgekommen.

Die FDP fordert nun die Erhöhung des Militärbudgets auf mindestens ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Ja, endlich. Sie wird von der SVP unterstützt. Hoffentlich bleibt jetzt die Einsicht. Aber es ist zu befürchten, dass, wer seine Meinung so schnell der neuen Weltlage anpasst, sie wahrscheinlich ebenso schnell wieder fallenlässt, wenn der Wind dreht. Bei der Frage Energieversorgung ist es ähnlich.

Sie haben kürzlich die drohende Strommangellage auf die Agenda gesetzt und einen Stromgeneral gefordert. War das nicht ebenfalls eine erstaunlich schnelle Anpassung an die neue Weltlage?

Im Gegenteil. Die SVP kämpft seit Jahren für eine genügende, sichere und kostengünstige Energieversorgung. Sie allein hat das Energiegesetz und eine «Energiestrategie 2050» bekämpft. Leider vergeblich. Die SVP konnte dann wenigstens das auf dieser falschen Strategie fussende CO₂-Gesetz durch eine Volksabstimmung verhindern. Und heute kommt es bereits an den Tag: Schon ab 2025 zeichnet sich eine gefährliche Stromknappheit ab. Frau Sommaruga kündigt in Panik eine dringliche Notstromversorgung mit Gaskraftwerken an. Ich hoffe, es braucht nicht erst eine lebensvernichtende Stromknappheit, bis das Stromproblem grundsätzlich angepackt wird. Es braucht schnell eine verantwortungsvolle, führungsstarke Persönlichkeit, die bis Mitte Jahr die Entscheidungsgrundlagen für die Behebung des drohenden Strommangels vorlegt, einen «Stromgeneral».

Was soll ein Stromgeneral leisten?

Er soll das Wissen bündeln und eine Auslegeordnung machen. Die SVP hat sich im Januar an der Bad-Horn-Tagung dem Thema Energiesicherheit gewidmet: Mehrere Experten des Bundes wurden eingeladen. Die Chefin des Bundesamts für Bevölkerungsschutz war da, der Delegierte für wirtschaftliche Landesversorgung und der Präsident der Eidgenössischen Elektrizitätskommission Elcom ebenfalls. Auf die Frage, welches das grösste Risiko für die Schweiz sei, nannten alle drei die mangelhafte Stromversorgung der kommenden Jahre. Wissen Sie, was die Antwort auf die Frage war, wer dieses gravierende Problem löse?

Was?

Sie hatten keine Antwort. Es gibt keinen Verantwortlichen. Sie haben sich angeschaut. Sie taten mir leid, denn es war nicht ihr Fehler. Zwar haben alle drei vom Bundesrat den Auftrag bekommen, die Probleme zu analysieren und die Risiken zu bewerten. Das haben sie getan. Zur Kenntnis genommen wurde das Resultat aber kaum. Wer zuständig ist, weiss niemand. Deshalb braucht es einen Stromgeneral – sie können ihn auch einen Stromverantwortlichen nennen –, der das Potenzial aller Energieträger und Technologien unideologisch prüft, das Potenzial dem erwarteten Bedarf gegenüberstellt und dann die Varianten mit ihren Vor- und Nachteilen vorlegt. Das muss bis Mitte Jahr vorliegen. Das Wissen ist vorhanden. Das Ziel ist, kurz-, mittel- und langfristig genügend sichere, kostengünstige Elektrizität für unser Land zu gewährleisten. Das ist heute nicht gewährleistet. Wenn man nichts tut, gerät die Schweiz nicht nur in eine Stromkrise, sondern in eine Stromkatastrophe.